Märkische Linke

Die linke Zeitung für die Prignitz und Ostprignitz-Ruppin. **Ausgabe 08/ Juli 2025**

Vorgestellt:

Julia Köppe

Ein Neumitglied aus der Prignitz

Julia Köppe ist im Februar in die Linke eingetreten und schon zur Kreisgeschäftsführerin gewählt worden. Die 33-Jährige aus Wittenberge sagt zu ihrem Parteieintritt, dass sie nicht mehr nur zuschauen konnte, wie der Rechtsruck in Deutschland und der Welt immer größer wird. Sie kann nicht akzeptieren, dass rechte Parolen, Hass gegenüber anders Denkenden und anders Aussehenden immer normaler werden. Ein weiterer Grund für sie ist die soziale Ungerechtigkeit.

Wie wurde sie in den Kreisverband aufgenommen?

„Mit offenen Armen! Ehrlich. Ich hätte mir keinen besseren Einstieg wünschen können,“ meint sie. *„Direkt nach meiner Anmeldung kam eine super nette Begrüßungsmail vom Vorstand und dann stand auch wenige Tage später schon das erste Treffen und der Wahlkampf an.“*

Sie half gleich bei Flyeraktionen und an Infoständen. *„Aktuell plane ich eine große Aktion für die Bürger:innen in Wittenberge für nächstes Jahr, beteilige mich an der Öffentlichkeitsarbeit und organisiere unsere Treffen für den Bereich Wittenberge.“*

Bei der Mitgliederversammlung am 21. Juni wurde sie zur Kreisgeschäftsführerin gewählt. Nach Gesprächen mit den Kreisvorsitzenden Thomas Domres über die anstehenden Aufgaben und einem Gespräch mit ihrer Familie konnte sie sich diese Position gut vorstellen und bewarb sich mit großem Erfolg. Für die Prignitz wünscht sie sich mehr Toleranz und Zusammenhalt in der Gesellschaft.

„In Zeiten des Hasses müssen wir einander die Hände reichen. Anstatt gegen Migrant:innen oder Bürgergeldempfänger:innen zu treten, müssen wir gemeinsam für ein soziales System kämpfen, das funktioniert, in dem jede:r vernünftig leben kann, ohne Angst vor Rechnungen, Einkäufen und dem Kontostand haben zu müssen.“

Sie betont, dass der Wohnungsleerstand bekämpft werden muss und Wohnungen bezahlbar werden müssen. *„Als Familie ein Haus oder eine Wohnung mit genug Platz und nicht nur 2 oder 3 Räumen zu finden, ist sehr schwer geworden und dauert ewig. Das kann kein Zustand sein.“*, sagte sie.

■■ *fm*

Der Mensch bleibt auf der Strecke –

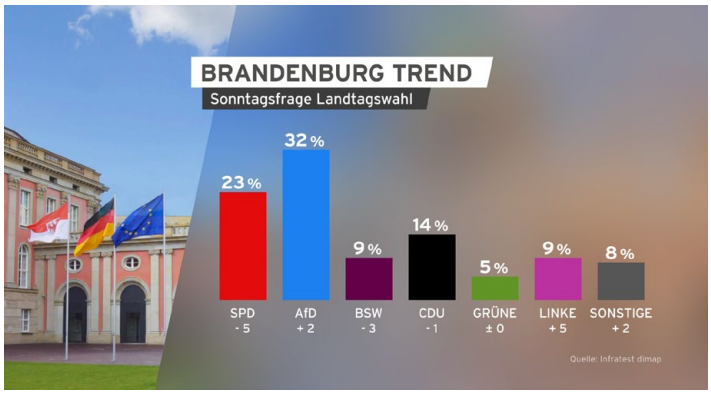
Landeshaushalt gefährdet das soziale Brandenburg

Der Landtag hat mit denkbar knapper Mehrheit den Doppelhaushalt 2025/26 beschlossen. Das ist gut so, denn es beendet die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung.

Aber: Der beschlossene Etat führt zu den schlimmsten sozialen Einschnitten, die Brandenburg bislang verkraften musste. Trotz Protesten, Petitionen und mahnenden Briefen an die Landtagsabgeordneten, der großen Kundgebung des Bündnisses „Gerechtigkeit jetzt!“ wird massiv in fast allen sozialen Bereichen gekürzt und noch dazu die Pensionsrücklage für die Landesbediensteten geschrumpft.

Die bereitgestellten Investmittel für die Krankenhäuser, für die das Land originär verantwortlich ist, reichen nicht im Ansatz aus. Und die laufenden Betriebskosten sind insbesondere von kleineren Häusern nicht mehr zu schultern. Einmal mehr wird die Krise des Gesundheitssystems auf den Schultern der Menschen im Pflegesystem ausgetragen.

Eine Wochenstunde mehr Unterricht für Brandenburgs Lehrkräfte, Aussetzung der bereits beschlossenen und dringend erforderlichen Verbesserung des Kita- Personalschlüssels, Kürzungen bei Beratungsangeboten wie der Schwangerschaftskonfliktberatung und den Schuldnerberatungen gefährden langfristig gewachsene Hilfestrukturen und gehen an die soziale Substanz Brandenburgs. Gerade jetzt, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt so sehr gefährdet ist, müssten Investitionen in das soziale Brandenburg absolute Priorität haben. Wer das nicht erkennt, opfert am Ende die Demokratie!



Und die Strafe folgte auf dem Fuß:

■■ *red.*

So sehe ich das

Tagtäglich überschlagen sich die Nachrichtensendungen mit immer neuen Schreckensbotschaften für Deutschland. Und unsere führenden Politiker unternehmen nichts, die Situation zu entschärfen. Im Gegenteil!

Da gibt es einen Kanzler Merz der „die Führungsrolle“ in Europa übernehmen will, sich erdreistet, den völkerrechtswidrigen Überfall Israels auf den Iran zu verteidigen und Israel lobt, dass es die „Drecksarbeit“ für uns leistet. Das ist in meinen Augen ein Höchstmaß von Zynismus, wenn Merz das Töten von Zivilist:innen als Drecksarbeit bezeichnet! Merz steckt Milliarden Euro in die Rüstung, will eine Wehrpflicht einführen, die Reichen schonen – aber die Normalbürger:innen schröpfen.

Ja, lieber Herr Merz und liebe CDU/CSU und SPD. Was soll das mit der Wehrpflicht? Tagtäglich sehen wir im Fernsehen die Bilder, was Drohnen und Raketen sowohl in der Ukraine, in Israel als auch im Iran anrichten. Offensichtlich werden Kriege heute anders als noch vor ein paar Jahren geführt und entschieden. Dafür braucht man aber keine Wehrpflichtigen, sondern hoch spezialisierte Offiziere. Weshalb dann noch Wehrpflicht? Wahrscheinlich als „Kanonenfutter“ für die erste Reihe der Front.

In diesem Zusammenhang darf man wohl fragen, wie realistisch die Aussagen des ehemaligen Bundeswehroberstenund heutigen CDU-Verteidigungsexperten, Roderich Kiesewetter, sind, der offenbar immer noch den Zeiten des „kalten Krieges“ nachtrauert. So argumentiert er jedenfalls.

Aber auch Innenminister Dobrindt, der ja schon den Ruf eines Steuergeldverschwenders und EU-Regeln-Missachtenden als Bundesverkehrsminister (PKW Maut) hat, schießt offensichtlich schon wieder übers Ziel hinaus und ignoriert mit seinen Grenzkontrollen EU-Regeln. Gerichtsurteile akzeptiert er einfach nicht – in der Gewissheit: „mir kann keiner was“.

Und dann gibt es noch den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Jens Spahn, der als ehemaliger Bundesgesundheitsminister einem Unternehmen aus seinem Wahlkreis einen Auftrag zur Maskenbeschaffung, ohne Ausschreibung, für 1,5 Milliarden Euro erteilt hat.

Und das sei erfolgt trotz der Warnung vor dem Unternehmen durch das für die

Beschaffung eigentlich zuständige Bundesinnenministerium und des Widerstands durch den Corona-Krisenstab.

Letztlich kam der Deal nicht zustande. Trotzdem ist durch Spahns Handlung dem Bund ein Schaden von 623 Millionen Euro entstanden.

Das alles wurde durch einen Sonderermittler, der von Ex-Gesundheitsminister Lauterbach eingesetzt wurde, recherchiert. Das brisante daran ist, dass die aktuelle CDU-Gesundheitsministerin Nina Warken diesen Bericht unter Verschluss halten will.

Dazu vermutet die Grünen-Gesundheitspolitikerin Paula Piechotta, dass Frau Warken *„Jens Spahn vor dem Ende seiner politischen Karriere“* schützen will.

Diesen CDU-Politikern kann ich nur (mit den Worten von Jan van Aken) sagen:

Nicht Aufrüstung ist die Lösung für Deutschland, sondern die Überwindung der sozialen Spaltung und die Beseitigung der maroden Infrastruktur. Und daran werden wir Linken die Regierung messen.

■■ *Achim Müller*

Geschichte muss erkennbar bleiben

Mitglieder des Stadtverbandes der Linken Neuruppin und der Linksjugend [,solid] führten Anfang Juni einen Arbeitseinsatz auf dem Gräberfeld – vor dem großen Holzkreuz – des evangelischen Friedhofs in Neuruppin durch. In Absprache mit der Stadtverwaltung wurden die Grabplatten gereinigt und die Schriftzüge freigelegt.

■■ *Achim Behringer*

Foto: CSD Rheinsberg

Zum zweiten Mal fand am 31. Mai in Rheinsberg ein Christopher Street Day statt. Nachdem man im vergangenen Jahr bereits einen großen Erfolg und jede Menge gutes Feedback verzeichnen konnte, legte das Organisationsteam dieses Jahr noch etwas drauf.

CSD Rheinsberg 2025

Fast 600 Menschen zog es am frühen Nachmittag vom Bahnhof durch die Innenstadt bis hin zum Triangelplatz im Herzen Rheinsbergs mit bestem Blick aufs Schloss. Dort wehte über dem stadtseitigen Hauptportal die Regenbogenfahne als Zeichen der Solidarität mit den Demonstrierenden.

Mit „Kraftklub“ spielte am Abend eine große Band auf der Bühne am Rheinsberger Triangelplatz und sorgte für fast 2000 Besucher:innen der Kundgebung. Davor gab es verschiedene Reden und Grußworte aus der queeren Community und von Unterstützer:innen, unter anderem auch von der Bundestagsabgeordneten Isabelle Vandre (Die Linke).

Weitere musikalische Unterstützung gab es zum Beispiel von Matthias Löw an der Harfe, der österreichischen Band „Lovehead“ mit ihrem dortigen Nummer-eins-Hit „Denkst du an mich“ und vom kanadisch/Berliner Künstler:innenkollektiv „The Hidden Cameras“ inklusive anschließendem Interview vom Autor, Moderator und Filmkritiker Knut Elstermann.

Der Berlin-Brandenburger Radiosender Radioeins berichtete ganze zwei Stunden live von der Kundgebung und interviewte neben den musikalischen Acts auch die Veranstalter:innen und einige der Redner:innen.

■■ *Paul Kurzke*

Weltflüchtlingstag

Der Weltflüchtlingstag, der jährlich am 20. Juni begangen wird, ist der Tag, der daran erinnert, dass Millionen von Menschen auf der Flucht sind. Er würdigt die Stärke und den Mut der Menschen, die gezwungen waren, ihr Heimatland zu verlassen, um Verfolgung, Folter und Tod zu entgehen.

Laut UNO-Flüchtlingshilfe sind aktuell rund 122 Millionen Menschen auf der Flucht - dies ist die größte Zahl an Vertriebenen, die je registriert wurde. Er wurde 2001 zum ersten Mal weltweit begangen, anlässlich des 50. Jahrestages der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. *„Willkommen am Tisch – Freundschaft geht durch den Magen“*

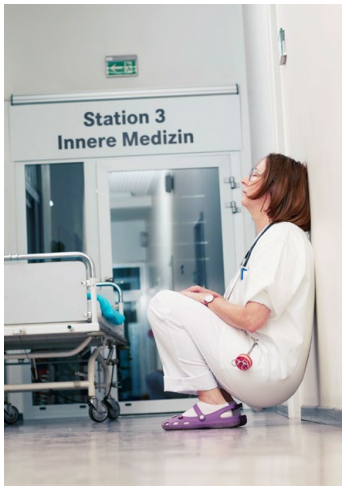
Unter diesem Motto lud das Bündnis „Neuruppin bleibt bunt“ unter aktiver Mithilfe des JugendWohnProjektes „MittenDrin“ und weiterer Aktiver am 20. Juni ab 15 Uhr auf den Schulplatz Neuruppin ein, um gemeinsam den diesjährigen „Weltflüchtlingstag“ zu feiern. Die gesellschaftliche Stimmung ist vielerorts kalt und voll von rechter Hetze, Hass und Vorurteilen. Neuruppin hat mit dieser gut besuchten Veranstaltung gezeigt, dass es auch anders geht. Mit guten Gesprächen, Tischkicker und Seifenblasen für die Kinder verging die Zeit wie im Fluge – und kalter Himbeertee machte die Hitze erträglicher.
Wer flüchten muss, ist keine Bedrohung, sondern braucht unsere Solidarität!

■■ *Jürgen Schubert*

Ein Schritt gegen den Ärzt:innenmangel
und eine irritierende Debatte

Die medizinische Versorgung muss langfristig gesichert werden. Deshalb stellte Die Linke im Perleberger Stadtparlament einen Antrag auf Einführung eines kommunalen Ärzt:innenstipendiums.

Medizinstudierende sollen finanziell unterstützt werden und sich im Gegenzug verpflichten, nach der Ausbildung für einige Jahre in Perleberg tätig zu werden.
Die Probleme liegen auf der Hand: der demografische Wandel in der Bevölkerung, die Altersstruktur vieler Praxisinhaber:innen und die Nachwuchsprobleme im ländlichen Raum bedrohen die medizinische Infrastruktur. Jedem:r müsste klar sein, es braucht jetzt politisches Handeln, bevor die Versorgungslücke Realität wird. Der Blick nach Wittenberge zeigt, dass kommunal getragene Stipendien als Instrument der Fachkräftebindung wirken können. Auch Kommunen in Sachsen und Rheinland-Pfalz haben gute Erfahrungen mit solchen Förderprogrammen gemacht.
Umso befremdlicher wirkte der Verlauf der Debatte über unseren Antrag am 5. Juni. Mehrere Wortmeldungen kritisierten unseren Zeitplan für die Umsetzung als *„völlig unrealistisch“*, obwohl wir selbst an dem Punkt schon nachgebessert und den Zeitplan verlängert hatten. Besonders irritierend war die Reaktion des Bürgermeisters, der erklärte, es gebe *„keine Beweise für die Wirksamkeit solcher Programme“*.
Eine Aussage, die nachweislich nicht haltbar ist. So drängte sich der Eindruck auf, dass es den Kritikern nicht um den Antrag, sondern um die Antragstellenden, nämlich die Linksfraktion, ging.
Im Ergebnis wurde unser Antrag in den Finanzausschuss verwiesen. Dadurch gibt es noch einmal die Chance, den Vorschlag ohne ideologische Brille sachlich zu bewerten und weiterzuentwickeln.



Denn am Ende geht es um mehr als Parteipolitik: Es geht um Gesundheit. Es geht um Menschen.
■■ *Benjamin Fechner*

Absurder AFD-Antrag scheitert auf ganzer Linie

Am 5. Juni stimmte die Stadtverordnetenversammlung Perleberg über einen AFD-Antrag zur Abwahl ihres stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Domres (Die Linke) ab. Antragsbegründung: Domres hätte das Neutralitätsgebot verletzt.

Gemeinsam mit Aktivisten der Initiative „Bunte Prignitz“ soll er eine politische Kampagne gegen eine städtische Veranstaltung initiiert haben, die bundesweit dem Ansehen der Stadt geschadet und städtische Angestellte diffamiert habe. Zensur sei das Ziel gewesen. Gemeint waren Pressezitate, in denen sich Domres kritisch zur Präsentation neurechter Merkelbiografien im Stadtmuseum äußerte.
Ein absurder Antrag. Bürgermeister Schmidt belehrte die AFD-Abgeordneten darüber, dass das Neutralitätsgebot für Domres ausschließlich dann gilt, wenn er eine Sitzung leitet, er ansonsten genauso frei seine Meinung äußern könne, wie jede:r andere Bürger:in auch. Und er ergänzte, dass sich niemand in der Stadtverwaltung dadurch diffamiert gefühlt hat.
Die SPD-Stadtverordnete Nicole Bahr wies u. a. den Zensurvorwurf entschieden zurück. Die Bunte Prignitz habe zur Teilnahme an der Veranstaltung und Diskussion aufgerufen. Kritik sei nicht Zensur. Man fragt sich: Was soll das Ganze?
„Es geht mit dem Antrag nicht um mich“, so Domres, *„es geht der AFD darum, Menschen, die sich für den Erhalt unserer Demokratie einsetzen, mit solchen Anträgen einzuschüchtern, mundtot zu machen, ihre Meinungsfreiheit einzuschränken und ich verspreche ihnen, das wird ihr weder bei mir noch bei vielen anderen Menschen gelingen.“*

■■ *fm*

Thomas Domres (Die Linke), stellv. Vorsitzender der SVV Perleberg

Warnstreik im Zahnradwerk Pritzwalk

„Man versteht es nicht“, wundert sich Anne Borchelt von der IG Metall *„Mit Löhnen, die knapp über 14 Euro liegen hält man keine Facharbeiter:in und man gewinnt erst recht keine neuen.“* Borchelt führt die Verhandlungen mit der Betriebsleitung des Zahnradwerks in Pritzwalk. Die hatte zuletzt vier Prozent Lohnerhöhung geboten.
„Das ist für die Kolleg:innen gar nicht spürbar.“ Seit drei Monaten weigert sich die Betriebsleitung nun, weitere Verhandlungen zu führen. Gegen diese Blockadehaltung richtete sich der 24-Stunden-Warnstreik am 24. Juni. Eine Delegation des Kreisverbandes der Linken Prignitz besuchte die Kundgebung vor dem Werksgelände.
„In keinem anderen europäischen Land sind die Vermögen so ungleich verteilt, wie in Deutschland. Mit einer normalen Arbeit kann man kein Vermögen bilden, nicht einmal Rücklagen für schlechte Zeiten“, so der Kreisvorsitzende **Thomas Domres** in seiner Grußbotschaft.
„Ihr macht deutlich, dass es nicht nur um Zahlen geht, sondern um Würde, Respekt und Zukunftsperspektiven für eure Familien. Euer Kampf für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen ist Teil eines Kampfes für eine gerechtere Gesellschaft. Eure Entschlossenheit wird Anderen Mut machen, die den gleichen Kampf führen.“
Anne Borchelt und der Betriebsratsvorsitzende Michael Siemens hoffen auf eine gütliche Lösung. Vor gut zwei Jahren hatte die Belegschaft zusammen mit der IG Metall eine Tarifbindung erkämpft. Zur Einigung kam es damals erst nach einer Urabstimmung über einen unbefristeten Streik.
■■ *red.*

Foto: Volker Wartmann/IG Metall

AUS DEM **Kreistag**

Die Linke im Kreistag Ostprignitz-Ruppin

Bericht vom Juni-Kreistag von Ostprignitz-Ruppin

Die Beratungen und Abstimmungen des Gremiums beschäftigten sich mit einer Vielzahl von Themen. Einige sollen nachfolgend kurz erläutert werden:

von Holger Kippenhahn,
Fraktionsvorsitzender Die Linke im Kreistag Ostprignitz-Ruppin

Die Kreisverwaltung in der Fontanestadt Neuruppin

Erhalt und Ausbau der Regionalbahnlinien RB73/74

Auf Antrag unserer Fraktion hat sich der Kreistag mit großer Mehrheit für die Sicherung der Regionalbahnlinien RB 73/74 ausgesprochen.
Der Landtag und die Landesregierung wurden aufgefordert, die Finanzierung und dauerhafte Bestellung der Regionalbahnlinien zu gewährleisten.
Darüber hinaus wurde im Beschlusstext die Erwartung ausgesprochen, dass die Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sich gemeinsam mit den betroffenen Landkreisen für den Ausbau einer direkten und schnellen Bahnverbindung zwischen Neustadt/Dosse und Güstrow bzw. Rostock einsetzen.

Gründung der „Brandenburgische Seenplatte GmbH - Gesellschaft für Tourismus und Markenmanagement“

Für den kommunalen touristischen Sektor wird die Bildung leistungsfähiger, größerer Organisationseinheiten zukünftig unabdingbar sein. Gründungsgesellschafter sind die Landkreise Barnim, Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin sowie der Tourismusverband Brandenburgische Seenplatte e.V. Unser Landkreis wird 30 Prozent der Gesellschafteranteile halten.

Haushalt 2025 - Kenntnisnahme von Haushaltssperren

Der Kreistag nimmt Haushaltssperren in Höhe von 8.655.607 EUR für das Jahr 2025 zur Kenntnis.
Dabei verteilen sich die Sperren auf 440 Positionen in den verschiedenen Bereichen: Unter anderem werden bei den Investitionen 1.711,4 T€ und bei Personalkosten über Einstellungsstopps 3.000,0 T€ eingespart. Sofern sich in der Haushaltsdurchführung 2025 alternative Finanzierungsmittel durch zusätzliche Erträge/Einzahlungen bzw. Einsparungen bei Aufwendungen/ Auszahlungen ergeben, kann die Kämmerin die Sperren ganz oder teilweise wieder aufheben.

Änderung der Geschäftsordnung – Beanstandung des Landrates

Unsere Fraktion hatte bereits in der vorhergehenden Sitzung u. a. beantragt, dass in der Regel zeitgleich mit den Einladungen zu den Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse auch Beschlussvorlagen und Erläuterungen der Tagesordnungspunkte durch den Landrat bereitzustellen sind. Diesem Antrag war der Kreistag mehrheitlich gefolgt.
Das wurde vom Landrat beanstandet, da aus seiner Sicht eine solche Regelung nicht rechtskonform ist. Bei der erneuten Abstimmung nach Wortbeiträgen von Ronny Kretschmer und mir hat der Kreistag mit einer noch größeren Mehrheit den Beschluss bestätigt.
Nun muss der Innenminister darüber entscheiden, ob eine solche von uns vorgeschlagene Regelung rechtskonform ist. Es ist ein absurder Vorgang, da der Landrat hier völlig unnötig eine Auseinandersetzung über eine Selbstverständlichkeit herbeigeführt hat. Aus seiner Sicht muss er überhaupt keine Vorlagen und Erläuterungen zu den einzelnen Sachverhalten erarbeiten.

Sind wir wirklich zu faul? Einige Fakten!

Die Debatte um Mehr-Arbeit in Deutschland hat eine Schieflage.

In den vergangenen zwei Jahren ist die deutsche Wirtschaft geschrumpft. Daran soll sich auch in diesem Jahr nichts ändern. Kanzler Friedrich Merz (CDU) meint, die Deutschen arbeiten zu wenig. Arbeitgeberverbände schlagen vor, einen Feiertag zu streichen.

Die Debatten haben eine Schieflage: *„Dabei arbeiten wir so viel wie noch nie! 55 Milliarden Arbeitsstunden leisteten die Beschäftigten in Deutschland im vorletzten Jahr – ein Rekordwert seit der Wiedervereinigung!“* erklärte Linken-Chef **Jan van Aken** Ende Mai.

Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, verweist darauf, dass mit 46,1 Millionen Menschen noch nie so viele bezahlter Arbeit nachgegangen sind wie in diesem Jahr. Er halte diese Debatte für falsch, sagte er in einem hörenswerten Podcast der Süddeutschen Zeitung am 31. Mai. Es würde suggeriert, das Problem liegt bei den Beschäftigten. Das findet er perfide. Fratzscher räumt mit dem Vorwurf auf, dass die Deutschen immer weniger arbeiten, das sei eine statistische Verzerrung. Ein Hintergrund sei, dass in den letzten Jahren immer mehr Frauen arbeiten, oft in Teilzeit – weshalb die durchschnittliche Arbeitszeit sinke. Deshalb müssten die Hürden abgebaut werden, weshalb viele Menschen nicht so viel arbeiten könnten, wie sie wollten: Mehr Kinderbetreuung ist nötig, Geflüchtete müssen schnell und unbürokratisch arbeiten dürfen. Ein Potenzial sieht er auch bei Jugendlichen, die die Schule abbrechen, 50.000 seien das jedes Jahr, sagte Fratzscher in einem anderen Zusammenhang. Die Verantwortung läge auch bei den Unternehmen, mehr in ihre Beschäftigten zu investieren, zum Beispiel in der Digitalausstattung, um mehr Produktivität zu erreichen. Auch Ehegattensplitting und Minijobs würden Erwerbstätigkeit hemmen, weil sich dadurch mehr Arbeit steuerlich nicht lohnt.

Die Linke hat dazu schon vor zwei Jahren im Bundestag beantragt, Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen zu überführen, was abgelehnt wurde.

Auf viele dieser Zusammenhänge verweist auch Linken-Chefin **Ines Schwerdtner** am 31. Mai in der „Münchner Runde“ des Bayrischen Fernsehens. Und sie sagte noch eine Zahl:

„800.000 Menschen leben in Deutschland allein von ihrem Vermögen. Sie sind so reich, dass sie nicht arbeiten müssen. Aber niemand nennt sie faul!“

Mehr dazu von Ines Schwerdtner in der „Münchner Runde“ in der ARD-Mediathek:

Code scannen und direkt den Beitrag schauen

Kurz & knapp

Nach Jahren des Rückgangs von Sozialleistungen für so genannte Aufstocker, deren Einkommen nicht zum Leben reicht, ist eine Trendumkehr zu beobachten:

2023 erhielten rund **796.000 erwerbstätige Leistungsberechtigte** staatliche Unterstützung in Höhe von **6,19 Milliarden Euro.** Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einer erwerbstätigen Person bezogen insgesamt **10,02 Milliarden Euro.**

2024 steigt die Zahl auf **826.000 Personen** mit **Zahlungsansprüchen in Höhe von 6,99 Milliarden Euro.** Die entsprechenden Bedarfsgemeinschaften erhalten insgesamt **11,61 Milliarden Euro.**

Vor fast zwei Jahren hat Rheinsberg die Leitungsstelle des bundesweit anerkannten Kurt-Tucholsky-Literatur-Museum gestrichen. Dagegen haben fast tausend Bürger und Bürgerinnen mit ihrer Unterschrift protestiert.

Durch diesen Protest, den Einsatz des Deutschen Kulturrates und die Presseberichterstattung zeichnete sich bald darauf eine Perspektive für das Museum ab: Landkreis und Land zeigten sich bereit zu finanzieller Unterstützung. Im Mai 2024 stimmten die Rheinsberger Stadtverordneten zu: Der Kreis soll die Trägerschaft des Museums übernehmen. Trotzdem weigerte sich der Bürgermeister, den Vertrag zu unterschreiben. Wir stellen fest: Eindeutig rechtswidrig! Nach Monaten weiterer zäher Verhandlungen hat Bürgermeister Schwochow von den „Freien Wählern“ nun auch den letzten Termin für die Unterzeichnung des Vertrags mit dem Landkreis verstreichen lassen. Jetzt wurde eine online-Petition an den Bürgermeister gestartet, mit der er aufgefordert wird, den Vertrag endlich zu unterzeichnen. Machen Sie mit:

tinyurl.com/tucholsky-museum

Die AfD-Spitze im Bundestag erhält künftig deutlich mehr Geld. Die Parteichefs Tino Chrupalla und Alice Weidel haben sich von der Fraktion eine deutlich erhöhte Zulage absegnen lassen, wie das Nachrichtenportal T-Online berichtet.

Neben der Bundestagsdiät in Höhe von knapp 12.000 Euro zahlt ihnen die Fraktion künftig eine Zulage von rund 12.000 Euro. Bisher hatte die Zulage bei 6.000 Euro gelegen.

5. Juli – ein Hauch von New York in Wittenberge

Unter der Regenbogenfahne, die schon vor 500 Jahren während der Bauernproteste unter Thomas Müntzer ein Zeichen für Freiheit war, wollen wir ein Zeichen setzen. Für das Recht, frei zu lieben und zu leben, gegen Übergriffe auf Menschen, die ihre Rechte verteidigen und einfordern. Seit 1969, als in der Christopher Street in New York tausende gegen sexuelle und rassistische Diskriminierung protestierten, finden jedes Jahr im Sommer weltweit regenbogenbunte Paraden statt. Frau Klöckner verbietet die Regenbogenbeflaggung des Bundestags zum CSD, das "Regenbogennetzwerk des Bundestags" darf nicht mehr am CSD teilnehmen. Die AfD applaudiert. Gewaltaufrufe und Proteste gegen Pride-Veranstaltungen nehmen zu. Am 15. Juni überfallen ca. ein Dutzend vermummte Personen das Vielfalts-Fest in Bad Freienwalde. Die Polizei erfasst 2024 74 Prozent mehr queerfeindliche Straftaten als im Vorjahr.
Trotzdem lässt sich die Community nicht unterkriegen und wird auch in Brandenburg lauter. Und das ist gut so.
In Zeiten wie diesen ist es umso wichtiger laut zu werden, auch im "queeren Hinterland". Immer mehr Aktionen finden statt, so auch der CSD in Wittenberge, der am 5. Juli unsere Stadt bunt machen soll. Es wird ein Paradezug ab 17 Uhr vom Kultur- und Festspielhaus zwei Stunden quer durch die Stadt ziehen und er endet um 19 Uhr am Bahnhof. Es wird Musik und Redebeiträge geben. Und gute Stimmung, die uns keiner verbieten kann.
Wir als Kreisverband Prignitz sind dabei. Denn eins ist klar: Homosexualität und queerness gibt es in über 450 Spezies, Homophobie nur in einer. Vielfalt ist das Natürlichste auf der Welt.
Dafür stehen wir ein, für die Freiheit aller Menschen der bunten Community.

■■ *Julia Köppe*

Trinken mit Linken voller Erfolg!

Zum vierten Mal fand am 20. Juni der Linke Stammtisch im Rheinsberger Fachgeschäft für Demokratie statt. Mit über 22 Teilnehmenden war es der am besten besuchte Stammtisch bis jetzt. Themen waren neben dem aktuellen politischen Weltgeschehen natürlich der anstehende Bürgermeister-Wahlkampf in Rheinsberg. Unser Genosse und Bürgermeister-Kandidat Mario Stärck war vor Ort und stand den fast ausschließlich jungen Menschen Rede und Antwort. Der Stammtisch findet jeden dritten Freitag im Monat in der Schloßstr. 20 statt und freut sich über Besuch aller Altersklassen, die in gemütlicher Atmosphäre ins Gespräch kommen wollen. Für Getränke und kleine Snacks sorgen wir!

■■ *Regionalvorstand Rheinsberg*

Termine

Fr 11.07. // ab 17 Uhr
Sommerfest der Linken
Mit Christin Willnat (MdB) und Sebastian Walter (Landesvors.),
Bäckerstraße 21, Perleberg

Sa 12.07. // 10-14 Uhr
Internationales Frühstück Aktionsbündnis Wittstock bekennt Farbe, An der Heilig-Geist-Kirche, 16909 Wittstock

Fr 18.07., 22.08., 19.09., 17.10. // ab 20 Uhr
Trinken mit Linken Fachgeschäft für Demokratie, Schloßstr. 20, Rheinsberg

Mo 21.07. // 18:30 Uhr
Brettspieltreff „Zum roten Würfel", Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

Di 22.07. // 14 Uhr
Senioren-Treff
Bäckerstraße 21, Perleberg

Jeden Monat die „Märkische Linke" im Briefkasten?

Wer gern regelmäßig unsere Zeitung lesen möchte, meldet sich bitte per Post oder Mail in den Kreisgeschäftsstellen der Linken in OPR oder PR. Die Adressen finden Sie im Impressum.

Impressum

Märkische Linke, Meinungsmedium von Die Linke OPR und PR, Herausgegeben von Die Linke OPR Kreisvorstand: Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin, kv@dielinke-opr.de und Die Linke Prignitz Kreisvorstand: Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg vorstand@dielinke-prignitz.de V.i.S.d.P: Ronny Kretschmer und Thomas Domres

Redaktion: Hans Schaefer, Jürgen Schubert, Achim Müller, Gerlinde Krahnert, Julia Köppe, Ronny Kretschmer
Satz und Layout: Caroline Cave

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autor:innen nicht unbedingt von Redaktion und Herausgeberin wieder.

Die Redaktion bedankt sich für die Zusendung von Artikeln, Bildern und Informationen.

Spendenkonto für Druckkosten:
DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG